



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	45. Sitzung
Datum	Montag, den 31.01.2011
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:10 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Schäfer,	CDU
Stadtverordneter Kunz,	FW
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Pohl,	SPD
Stadtverordneter Pross,	SPD
Stadtverordneter Kraft,	SPD
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Gerhardt,	CDU
Stadtverordneter Noack,	CDU
Stadtverordneter Dr. Teichner, (i.V.f. Stv. Scharmann)	CDU
Stadtverordneter Meißner,	FDP
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne

vom Magistrat:

Stadtrat Semler,	FW
------------------	----

von der Verwaltung:

Herr Ketterer, Hilfsdezernent Dezernat III	ohne
Herr Hartert, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften	ohne
Herr Wein, Rechtsamt	ohne
Herr Pabst, Planungs- und Hochbauamt	ohne

Herr Weber, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Frau Simon, Kämmerei	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Kulig, als Schriftführer
Frau John

ferner waren anwesend:

Stv. Breidsprecher, CDU-Fraktion (bis 19:45 Uhr)

AV S c h ä f e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Auf Vorschlag von AV S c h ä f e r wurde Tagesordnungspunkt 5 von der Tagesordnung abgesetzt.

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach der Drucksachen-Nr. 1986/10 - I/698 (Aufwertung des Bereichs „Braunfelser Straße/Siegmund-Hiepe-Straße/Im Winkel“ im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“), die seiner Meinung nach im Bauausschuss zu beraten sei. StR S e m l e r berichtete, dass sich der Antrag im Geschäftsgang befinde.

Der Ausschuss befürwortete die so geänderte

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

Haushalt 2011

- Antragsberatung -

TOP 2

2009/10

Bebauungsplan Nr. 406 „Dillfeld Süd“ in Wetzlar (Duktus Röhrenlager)

- Aufstellungsbeschluss -

I/704

TOP 3

2010/10

Bebauungsplan Nr. 259, 1. Änderung, für das Gebiet „Nauborner Straße, Gemarkungsgrenze, Solmser Straße und Ludwig-Erk-Straße“

I/705

TOP 4

2046/10

Bebauungsplan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“

- Aufstellungsbeschluss -

I/716

TOP 5

2050/11

Klarstellungssatzung der Stadt Wetzlar für den Teilbereich „Vorn auf'm Lahnberg“ gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

I/717

a b g e s e t z t

TOP 6

2039/10

Gestaltung des Steighausplatzes in Wetzlar

I/713

TOP 7

2036/10

**Öffnung der Bürgersteige für Radfahrer
in der Altenberger Straße**

I/711

TOP 8

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 08.11.2010 und 06.12.2010

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Haushalt 2011

- Antragsberatung -

Haushaltsplan

Seite 129: Stv. P o h l fragte an, um welche Maßnahme es sich bei dem Ansatz von 43.300 € für die „Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen“ handelt. Herr W e b e r erläuterte, dass es sich hierbei um einzelne kleine Maßnahmen an städt. Gebäuden handelt.

Seite 205: FrkV M i c h a l e k bat um Auskunft nach dem aktuellen Stand der Kosten für das Palais Papius. Herr W e b e r gab zu Protokoll, dass sich an der Gesamthöhe der Kosten zum 31.01.2011 nichts verändert habe. Es ergeben sich lediglich Veränderungen in den einzelnen Gewerken, die aber die Gesamthöhe nicht verändern.

Seite 381: FrkV M i c h a l e k fragte, ob es sich bei dem Ansatz der Kosten für die Kindertagesstätte Spilburg um Planungskosten handelt und inwieweit das Grundstück

bereits erworben sei. Herr W e b e r bejahte, dass es sich hierbei um Planungskosten handle. Herr H a r t e r t erläuterte, dass das Grundstück bereits angekauft sei und sich im Bereich der Spilburg gegenüber der Fa. Biegetechnik befinde. FrkV M i c h a l e k bat darum, in der nächsten Sitzung einen Plan über den Bereich des Grundstücks auszuhängen. Dies wurde von StR S e m l e r zugesagt.

Seite 381: FrkV M i c h a l e k fragte weiter zu den Kosten der Kindertagesstätte im Westend. Vorgesehen waren 190.000 €, laut der Änderungsliste kämen aber noch 170.000 € dazu. Herr W e b e r erläuterte, dass man zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung lediglich von einer Anlaufsumme von 190.000 € ausgegangen sei. Eine Vorlage mit den jetzt erhöhten Kosten werde in den nächsten zwei Wochen über den Magistrat in den Geschäftsgang gebracht. FrkV M i c h a l e k bat hierbei um eine detaillierte Kostenaufstellung in der Vorlage. Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte an, ob die Finanzierung über das Produkt „Soziale Stadt“ oder über die Kindergärten erfolge. Herr W e b e r erläuterte, dass die Finanzierung über die Kindergärten erfolge.

Seite 398: Stv. P o h l fragte, ob es für die Erneuerung der Jugendherberge auch eine Vorlage geben werde. Herr W e b e r erläuterte, dass das Planungskonzept erarbeitet wurde. Einzelne Sofortmaßnahmen werden durchgeführt, eine Vorlage werde in den Geschäftsgang gegeben.

Seite 407 (Pos. 9): Stv. P o h l fragte an, ob bei der Schließung des Europabades wegen der Sanierung nicht die Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung reduziert werden müssten. Herr W e b e r erläuterte, dass die Gastronomie durch die Baumaßnahme nicht eingeschränkt werde und weiterhin betrieben werden könne.

Seite 407 (Pos. 15): Stv. P o h l fragte weiter an, ob bei den „Sonstigen Erstattungen an verbundene Unternehmen“, hier die enwag, die Zahlungen nicht zu verringern seien. Eine Klärung solle bis zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 01.02.2011 erfolgen.

Seite 418: FrkV M i c h a l e k erkundigte sich hinsichtlich der Maßnahme „Kunstrasenplatz Bezirkssportanlage Büblingshausen“, ob hier Landeszuschüsse beantragt worden seien und wenn nein, warum nicht. Stv. B r e i d s p r e c h e r führte aus, dass seiner Kenntnis nach es für diese Maßnahmen keine Landeszuschüsse gebe, da es sich hier um eine originäre Aufgabe der Gemeinde handelt. StR S e m l e r bestätigte die Ausführungen und sicherte gleichzeitig die Prüfung einer Zuwendungsmöglichkeit zu.

Seite 436: FrkV M i c h a l e k fragte nach den Gesamtkosten für die Funhalle im Westend. Laut dem Haushaltsansatz 2011 seien 555.000 € geplant. StR S e m l e r sicherte die Kostenaufstellung durch das Fachamt zu.

Seite 450: AV S c h ä f e r bat um Auskunft, an wen die Zuwendungen für die Grube Fortuna jetzt abgeführt werden. Herr B a u e r erläuterte, dass der Zuschuss zukünftig an den Förderverein abgeführt werde.

Seite 450: Stv. K r a f t fragte nach dem Sachstand der Sanierung des Kalsmunt-Turms. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass hierzu in den nächsten Tagen eine Vorlage erarbeitet werde.

Seite 455: Stv. P o h l fragte, ob es sich bei dem Ansatz von 20.000 € bei der Erneuerung von Kanälen im Bannviertel um Planungskosten handelt. Herr K e t t e r e r bestätigte, dass es sich um Planungskosten handelt, da erst die Fa. Buderus ihre Fernleitungen verlegen müsse und somit der letzte Bauabschnitt erst in 2012 durchgeführt wird.

Seite 455: Stv. P o h l führte weiter aus, dass der Gesamtansatz für den Ausbau und die Erneuerung von Kanälen etwa 1,4 Mio. € betrage, in der Summierung der aufgezählten Maßnahmen jedoch eine Differenz von ca. 600.000 € bestehe. Frau S i m o n erläuterte, dass nicht alle Maßnahmen aufgeführt seien. So seien die Maßnahme für die Kanalsanierung am Bahnhofsvorplatz mit ca. 460.000 € sowie kleinere Maßnahmen nicht aufgeführt.

Seite 462: FrkV M i c h a l e k führte aus, dass der Aufwand im Dillfeld für die Verbindungsspanne L 3376 nach Hermannstein nicht in 2011 durchgeführt werden sollte. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass die Maßnahme erst dann durchgeführt werden könne, wenn der Bebauungsplan beschlossen ist. Da dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, werde die Maßnahme voraussichtlich erst in 2012 durchgeführt werden. FrkV M i c h a l e k erklärte, dass er davon ausgehe, dass die Maßnahme ohnehin in 2011 nicht kassenwirksam werde.

Seite 462: Stv. P o h l bat um Auskunft, welcher Bereich im Westend ausgebaut werden solle. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass es sich hierbei um den ersten Bauabschnitt zwischen den Gebäuden B 41 und A 1 handle. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000 € solle dann im Nachtragshaushalt aktiviert werden.

Seite 479: Stv. P o h l fragte nach dem Ansatz für den Pendlerparkplatz an der Anschlussstelle Süd an der BAB 45. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass der Bereich nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wetzlar, sondern vielmehr im Bereich des ASV liege. Da es jedoch ca. 8 - 10 Jahre dauern würde, bis der Ausbau durch den ASV erfolgen kann, führt die Stadt eine provisorische Herstellung der Park-and-Ride-Fläche durch. Hierbei wird die Fläche planiert und geschottert.

Seite 483: FrkV M i c h a l e k fragte an, was sich hinter der Verpflichtungsermächtigung von 300.000 € für den Radweg im Dillfeld verbirgt. Frau S i m o n erklärte, dass es sich hierbei um den Rad- und Fußweg über die B 277 nach Dalheim handle. Herr K e t t e r e r ergänzte, dass es hier um die Verlängerung bei der Spedition Völk bis zu Prologis gehe.

Seite 487: Stv. P o h l erkundigte sich, was bei dem „Ausbau des Wirtschaftsweges in der Verlängerung der Straße 'Im Bodenfeld' zwecks Nutzung als Bus- und Schau-stellerparkplatz P 5 im Rahmen des Hessentages 2012“ gemeint sei. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass es sich hierbei um den Bereich zwischen der Tennishalle und der Fa. Süß (verlängert bis zum Sportgelände und Reitplatz) handle, wo für den Hessentag ein Busparkplatz entstehen soll. Hierbei entstehe kein Vollausbau, sondern lediglich eine Verbreiterung, so dass ein Busbegegnungsverkehr erfolgen kann. Stv. P o h l fragte weiter nach den Kosten für die Herstellung. Frau S i m o n erläuterte, dass es sich bei dem Ansatz um mehrere Maßnahmen handle, nicht um eine einzige, so dass sich die Kosten auf verschiedene kleine Maßnahmen verteilen.

Seite 498: Stv. P o h l fragte an, was es mit der Maßnahme „Pflasterung der bisher wassergebundenen Wege bzw. Pflanzfläche hinter dem Dom“ auf sich habe. Herr B a u e r erläuterte, dass es sich hierbei um die Fläche hinter dem Dom handelt, die als Verbindungsweg zwischen dem Domplatz und dem ev. und kath. Gemeindehaus dient. Diese Fläche werde überwiegend für die Stadtführungen bzw. die „ErlebnisSTATTführungen“ genutzt.

Seite 498: FrkV M i c h a l e k bat um Auskunft, um was es sich bei „Ausgleichsmaßnahmen und Begrünung“ für die Unterführung Haarplatz handelt. Herr P a b s t erläuterte, dass es sich hier um Ausgleichsmaßnahmen an der Unterführung zwischen dem Karl-Kellner-Ring und dem Biergarten handelt. FrkV M i c h a l e k fragte weiter, wann der Baubeginn des Biergartens am Haarplatz erfolgen werde. Stv. N o a c k erklärte, dass die Baugenehmigung noch nicht erfolgt ist. Sobald diese vorliege, erfolge auch der Baubeginn.

Seite 532: Stv. G e r h a r d t fragte an, inwieweit die jetzt in der Bilanzierung feststehenden Abschreibungen bereits in den Haushalt eingearbeitet wurden. Frau S i m o n erläuterte, dass die aufgestellte Bilanz derzeit durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft werde. Erst nachdem das Ergebnis vorliegt, können die Abschreibungen eingearbeitet werden. Dies erfolge ggf. bereits im Nachtragshaushalt.

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich, ob es inzwischen Überlegungen gebe, wie man das Problem der Darstellung des Investitionsprogramms lösen könne. Nach derzeitigem Stand könnten die Stadtverordneten damit nichts anfangen. Er fragte, ob es seitens des Magistrates Lösungsmöglichkeiten gebe. Frau S i m o n erklärte, dass eine Automatisierung derzeit nicht möglich sei. Einzelne Aufstellungen auf Anfrage seien möglich.

Änderungsliste

Nr. 200/1: Herr K e t t e r e r informierte darüber, dass die Hebebühne an der Anlieferungsrampe des Rathauses starke technische und bauliche Mängel aufweise. Darüber hinaus entspreche die Anlage nicht mehr den heutigen Sicherheitsvorschriften. Eine neue Hebebühne sei deshalb dringend erforderlich.

Nr. 200/5: FrkV M i c h a l e k fragte nach den Gründen für die Veränderung um 50.000 € bei der einfachen Stadterneuerung Garbenheim. Die Beantwortung durch das Fachamt wurde zugesagt.

Haushaltsanträge

Antrag 103 - Erneuerung Fenster Kindertagesstätte Blasbach

Herr W e b e r erläuterte, dass hier lediglich ein Fenster abgedichtet werden müsse und die Kosten aus den laufenden Mitteln abfinanziert werden können.

Abstimmung: 0.7.4

Antrag 105 - Gemeindestraßen Deckenerneuerungen

AV S c h ä f e r verwies auf die Änderungsliste, in der 80.000 € als Veränderung angezeigt wurden. Stv. P o h l fragte an, ob die in der Änderungsliste eingestellten

Mittel ausreichend seien. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit die Mittel ausreichen müssten, um die Winterschäden zu beseitigen. FrkV M i c h a l e k schlug vor, dass das Fachamt nach Abschluss des Winters eine Prioritätenliste erstellt und der Bauausschuss dann darüber abstimmt und ggf. eine Erhöhung im Nachtrag erfolgt, wenn der Umfang feststeht. Stv. P o h l fragte, ob das verwendete Kaltmischgut für die Beseitigung der Schlaglöcher geeignet sei. Herr K e t t e r e r führte aus, dass es sich hier ausschließlich um die Beseitigung von Gefahrenquellen handelt.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 201 - Errichtung einer Salzlagerhalle

Stv. P o h l erläuterte, dass es sich hierbei um eine falsche Zuordnung im Haushalt handelt. Die Mittel seien beim Eigenbetrieb Stadtreinigung zu veranschlagen. Stv. B r e i d s p r e c h e r schlug vor, dass die Problematik, wo die Veranschlagung der Mittel erfolgen solle, im Finanzausschuss geklärt werden solle. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Der Antrag wurde an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Antrag 202 - Brandschutzkonzept für das Neue Rathaus

FrkV M i c h a l e k bat um Auskunft, ob in dem geplanten Auszahlungsbetrag von 350.000 € auch die Planungskosten beinhaltet sind, die mit einem Sperrvermerk zu versehen wären. Herr W e b e r erläuterte, dass 60.000 € Planungsmittel veranschlagt werden. Stv. K u n z schlug vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass die Mittel in Höhe von 60.000 € für die Planung kassenwirksam bleiben und 290.000 € Auszahlungsmittel sowie die VE mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 204 - Sanierung Palais Papius

Herr B a u e r erläuterte, dass die Angaben im Haushaltsansatz korrekt seien. Die Umsetzung aus dem Nachtragshaushalt sei erfolgt.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 205 - Aufzug Musikschule

Der Kulturausschuss hat den Antrag wie folgt geändert:

„Es werden Planungskosten für die Errichtung eines Aufzuges **oder einer anderen vergleichbaren technischen Einrichtung (z. B. Raupe oder Treppenlift)** an die Musikschule in Höhe von 10.000 € veranschlagt.“

FrkV M i c h a l e k wies auf den Denkmalschutz hin. Untersuchungen seien bereits erfolgt und alle Maßnahmen abgelehnt worden. Stv. Dr. T e i c h n e r führte an, dass es sicherlich eine Möglichkeit für eine technische Lösung geben müsse, z. B. einen

Treppenlift. Herr W e b e r erklärte, dass ein Treppenlift aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht möglich sei. Stv. P o h l vertrat die Auffassung, dass es sich hierbei lediglich um eine „Frage des Wollens“ handeln könne, wobei der Denkmalschutz dennoch eingehalten werde. Es wäre z. B. möglich, über einen Architektenwettbewerb eine Lösung herbeizuführen. Hierzu sollten Fachleute eingeschaltet werden. AV S c h ä f e r schlug vor, dass eine Vorstellung der bisher geprüften Varianten in einer der nächsten Sitzungen erfolgen solle.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 9.0.2

Antrag 207 - Beckenabdeckung Europabad

Stv. P o h l erläuterte den Antrag. Hierbei führte er an, dass bezüglich der geplanten Beckenabdeckung noch einige Fragen zu klären seien. Bis zur Klärung, auch der technischen Voraussetzungen und Durchführung, sollen die Ausgaben mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 208 - Ungedeckte Sportstätten (Beleuchtung Nebenspielfeld Sportanlage Lahninsel Naunheim)

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.7.0

Anträge 209 und 210 - Grundhafte Sanierung Turm Kalsmunt

FrkV M i c h a l e k schlug vor, den Antrag 210 dahingehend anzupassen, dass die Aufhebungskompetenz des Sperrvermerks ebenfalls - wie im Antrag 109 - bei der Stadtverordnetenversammlung liegt.

Abstimmung Antrag 209: 11.0.0

Abstimmung Antrag 210 mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 211 - Gestaltung und Flächenherstellung Backhausvorplatz Nauborn

Stv. P o h l fragte an, welche Maßnahmen mit 20.000 € an der Gestaltung des Backhausplatzes durchgeführt werden könnten. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass mit diesem Ansatz eine wassergebundene Decke im Bereich des Backhausplatzes hergestellt werden könne. Stv. K u n z führte weiter aus, dass zu der wassergebundenen Decke auch Pflanzungen vorgenommen und Tiefborde hergestellt werden, so dass der Platz von Fahrzeugen wieder befahren werden könne.

Abstimmung: 10.1.0

Antrag 212 - Straßenbeleuchtung in Naunheim

Stv. M e i ß n e r beantragte, dass die Abstimmung der Punkte getrennt erfolgen solle. Er führte aus, dass die Beleuchtung des Weges zwischen der L 3285 und der Naunheimer Mühle bereits mehrheitlich abgelehnt worden sei. Die 25.000 € unter Ziffer 2 des Antrages sollten in einer Verpflichtungsermächtigung eingestellt werden.

Hierbei sei eine Notwendigkeit zu prüfen. Gegebenenfalls ist die Maßnahme nicht mehr erforderlich.

Abstimmung zu Ziffer 1: 4.7.0

Abstimmung zu Ziffer 2 mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 213 - Sanierung von Gehwegen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 214 - Baustraße für Westanschluss / Planungsmittel Westtangente

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 1.6.4

Antrag 216 - Fußläufige Verbindung Lahnaue Richtung Forum

Stve. K o s t e r wies darauf hin, dass es bereits Planungen für eine fußläufige Verbindung aus der Vergangenheit geben solle. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass lediglich eine Konzeptplanung für einen evtl. Grunderwerb vorliege. Für die Umsetzung fehlte noch der Grunderwerb von der Deutschen Bahn, mit der zur Zeit Verhandlungen laufen.

Der Ausschuss beließ den Antrag im Geschäftsgang.

Antrag 217 - Radweg Altenberger Straße/Dillfeld / Rad- und Fußweg Haarplatz

FrkV M i c h a l e k bezog sich auf die Änderungsempfehlung des Umweltausschusses und fragte an, ob es sich bei den 140.000 €, die aus dem Sperrvermerk genommen werden sollen, um Planungsmittel handelt. Herr K e t t e r e r bestätigte, dass es sich um Planungskosten handelt und der Sperrvermerk somit lediglich auf 671.000 € erfolgen solle.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 219 - Aufstellung von Ruhebänken in Naunheim

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.7.0

Anträge 220 und 221 - Unterführung Haarplatz

FrkV M i c h a l e k berichtete von der Änderungsempfehlung des Umweltausschusses, dass 30.000 €, die als Planungskosten benötigt würden, kassenwirksam bestehen bleiben und 70.000 € mit einem Sperrvermerk versehen werden sollen.

Gemeinsame Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

TOP 2

2009/10

Bebauungsplan Nr. 406 „Dillfeld Süd“ in Wetzlar (Duktus Röhrenlager)

- Aufstellungsbeschluss -

Stv. P o h l fragte an, ob bekannt ist, welche Verkaufsabsichten für diesen Bereich seitens Duktus bestehen und welche Flächen in diesem Zusammenhang zu veräußern seien. Herr H a r t e r t erläuterte, dass der Bereich der Buderus Foundry Management gehöre. Stv. P r o s s erkundigte sich, ob für den Hessentag das gesamte Röhrenlager geräumt werde. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass für die Freilichtbühne lediglich eine Teilfläche des Lagers zu räumen sei.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 3

2010/10

Bebauungsplan Nr. 259, 1. Änderung, für das Gebiet „Nauborner Straße, Gemarkungsgrenze, Solmser Straße und Ludwig-Erk-Straße“

FrkV M i c h a l e k führte aus, dass sich nach dem Plan einige Stellplätze im Überschwemmungsgebiet befinden. Gleichzeitig fragte er an, ob es Abstandsflächen zu dem Gewässer gebe. Er vertrat die Auffassung, dass sich die Parkplätze zu nah an dem Gewässer befinden. Herr P a b s t erläuterte, dass bezüglich der Stellplätze im Bereich des Baches eine Abwägung erfolgt sei. Herr K e t t e r e r ergänzte, dass eine Abstimmung hierzu mit dem RP erfolgt sei und die Stellplätze in dem geplanten Bereich möglich seien. Herr P a b s t fügte hinzu, dass der vorhandene Randbewuchs erhalten bleibe. Stv. K u n z erläuterte, dass im geplanten Bereich der Bachlauf etwa drei Meter tiefer verläuft als die Stellfläche, die in dem Bereich auch durch Bäume bewachsen sei.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 4

2046/10

Bebauungsplan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“

- Aufstellungsbeschluss -

FrkV M i c h a l e k fragte an, wie die Verkehrsanbindung für den Bereich erfolgt, da jetzt bereits in dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Lahnberg“ zusätzliche Bebauungsflächen entstehen. StR S e m l e r erläuterte, dass die Problematik auch im Umweltausschuss thematisiert worden sei. Er sagte zu, parallel zu dem Beschluss konzeptionell eine Verkehrserschließung für den neuen Bebauungsplan und den Bebauungsplan „Am Lahnberg“ zu erarbeiten.

Abstimmung mit o. g. Zusage von StR Semler: 11.0.0

TOP 5**2050/11****Klarstellungssatzung der Stadt Wetzlar für den Teilbereich „Vorn auf'm Lahnberg“ gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 6**2039/10****Gestaltung des Steighausplatzes in Wetzlar**

FrkV M i c h a l e k führte aus, dass gemäß der Vorlage lediglich 32 Stellplätze sowie zusätzlich Motorrad- und Fahrradplätze ausgewiesen seien. Gemäß dem Konzept aus dem Jahre 2006 waren 57 Stellplätze vorgesehen. In diesem Zusammenhang fragte er an, wie die Stellplätze für die neuen Gebäude Barfüßerstraße 5 sowie Steighausplatz 21 nachgewiesen werden. Weiter führte er an, dass unter Anrechnung der Stellplatznachweise der Gebäude bereits 6 Parkplätze auf der öffentlichen Fläche nachgewiesen werden. Er erkundigte sich hierzu, in welcher Form eine Parkgenehmigung für die Anwohner erteilt wird. StR S e m l e r erläuterte, dass dies über Parkberechtigungsausweise für die Anwohner ohne eine Bevorteilung erfolge.

FrkV M i c h a l e k führte weiter aus, dass während der Bauphase die Anwohner bereits eine Einschränkung bei der Parksituation haben, so dass tagsüber dort nicht geparkt werden dürfe. Die Parkplätze stehen ausschließlich dem Altstadtkunden zur Verfügung. Durch die Reduzierung der Parkplätze auf 32 werde die Parkplatzproblematik zusätzlich verschärft. Er bat um Auskunft, wie der Magistrat es vorsehe, dies zu lösen. StR S e m l e r antwortete, dass zu dieser Problematik eine konzeptionelle Entscheidung erforderlich sei, die für die Stadt eine Herausforderung bedeute, der man sich stellen müsse. Er ergänzte, dass spätestens bei dem Beschluss 2009 durch die Stadtverordnetenversammlung bereits nur noch 44 Stellplätze ausgewiesen waren. Dabei waren 12 Stellplätze an der Stadtmauer angeordnet. Nach der jetzigen Planung und nach den Vorgaben der Denkmalpflege können 9 Stellplätze in diesem Bereich nicht mehr realisiert werden.

FrkV M i c h a l e k erinnerte daran, dass bei der ursprünglichen Planung der Gebäude eine Tiefgarage vorgesehen gewesen sei. Stv. G e r h a r d t führte aus, dass eine Tiefgarage lediglich bei einer vorherigen Planung eines anderen Investors geplant war. Die Stadt habe diese Planung jedoch nicht verfolgt.

AV S c h ä f e r ergänzte, dass durch den Wegfall der Parkplätze aus dem Stellplatznachweis für die Altstadtbesucher weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang fragte er, wie viele Parkberechtigungsausweise ausgestellt werden und wie viele Parkplätze vertraglich dem Investor zugesichert wurden. Seiner Auffassung nach würden nach Abzug der Anwohnerparkplätze jetzt lediglich noch 16 öffentliche Kurzzeitparkplätze für die Altstadtbesucher zur Verfügung bleiben.

StR S e m l e r wies darauf hin, dass in Zukunft die Parkplatzproblematik in der Altstadt öfter diskutiert wird. Um mehr Parkraum im Altstadtbereich zu schaffen, bestehe tagsüber die Möglichkeit der Einschränkung der Parkzeiten für die Anwohner im Bereich

der Altstadt. Grundsätzlich sei aber in diesem Bereich eine konzeptionelle Planung im gesamten Altstadtbereich notwendig. StR S e m l e r führte weiter aus, dass bei Planungen von solchen Plätzen grundsätzlich die Attraktivität und ein Belebungseffekt im Vordergrund stehen sollten. Somit werde eine hohe Aufenthaltsqualität erreicht.

Stv. P r o s s erkundigte sich, wie die Anwohner ihre Fahrzeuge ausweisen, wenn die 6 vertraglich gesicherten Parkplätze besetzt seien. Erfolge dies durch einen Parkausweis? StR S e m l e r bejahte dies. Stv. P r o s s fragte weiter an, ob es keine Möglichkeiten gebe, gegen den Denkmalschutz Maßnahmen umzusetzen. Herr K e t t e r e r erklärte, dass dies möglich wäre, wenn es sich um Entscheidungen seitens der Stadt handle, nicht aber gegenüber der Landesdenkmalpflege.

FrkV M i c h a l e k bat um Auskunft, ob es sich bei den Baumdachbepflanzungen aus Platanen um die Außenbewirtschaftungsstelle der ansässigen Pizzeria handle. Dies wurde von Herrn K e t t e r e r bestätigt. Stv. G e r h a r d t fragte, ob der Antrag zurückgestellt werden könne, bis eindeutig geklärt ist, was mit den 6 Stellplätzen rechtlich geschehe. Hierbei sollte auch geklärt werden, ob diese ggf. abzulösen wären und wie die vertraglichen Regelungen zu dem Bauherrn bestehen. StR S e m l e r antwortete, dass die Parkplatzproblematik von dem Antrag losgelöst betrachtet werden solle, da es sich hier lediglich um die Planung des Platzes handle und darüber auch heute abgestimmt werden sollte.

Stv. P r o s s bat um Auskunft, inwieweit die ansässige Pizzeria für die Gestaltung des Außenplatzes beteiligt werde. StR S e m l e r berichtete, dass es sich hierbei um eine Sondernutzung handle und die Kosten nach der Sondernutzungssatzung berechnet werden. AV S c h ä f e r regte an, die 3 geplanten Motorradparkplätze in Autoparkplätze umzuwandeln. Stv. P o h l gab zu bedenken, dass dies zur Folge hätte, dass bei Fehlen von Motorradparkplätzen die Fahrzeuge dann auf Autoparkplätzen abgestellt werden.

Abstimmung: 6.0.5

TOP 7

2036/10

Öffnung der Bürgersteige für Radfahrer in der Altenberger Straße

StR S e m l e r wies auf die Stellungnahme des Magistrats vom 31.01.2011 hin. Stv. P o h l fragte an, inwieweit sich jetzt die rechtlichen Vorschriften geändert haben. StR S e m l e r antwortete, dass die vorliegende Stellungnahme des Magistrates auf der jetzt geltenden rechtlichen Grundlage basiere.

Der Ausschuss beließ die Vorlage im Geschäftsgang.

TOP 8

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 08.11.2010 und 06.12.2010

Mitteilungen

- StR S e m l e r beantwortete die Anfrage des Stv. Pohl aus der Sitzung vom 08.11.2010 hinsichtlich der geplanten Beckenabdeckung im Europabad (s. Anlage zur Niederschrift).
- Die Beantwortung der Anfragen aus der Ausschusssitzung vom 06.12.2010 gab StR S e m l e r als Anlage zu Protokoll.

Anfragen

- FrkV M i c h a l e k bat um Auskunft, wie viele Spielhallen es insgesamt in der Stadt und in den Stadtteilen gebe und wo diese sich befinden. Des Weiteren erkundigte er sich, wo derzeit Spielhallen geplant seien und wie viele sich insgesamt im Genehmigungsverfahren befinden. StR S e m l e r sicherte Beantwortung zu.
- Stv. M e i ß n e r bat um Auskunft, ob im Bereich des Nahversorgungszentrums Dammstraße in Niedergirmes die Ansiedlung eines McDonald's geplant sei. Herr H a r t e r t antwortete, dass aus dem letzten Gespräch mit dem Investor von einer solchen Planung nichts bekannt sei. In diesem Bereich solle ein REWE-Markt sowie ein ALDI-Markt angesiedelt werden.
- Stv. P o h l fragte an, ob es im Bereich der Stadt bezifferbare Hochwasserschäden gebe. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass keine Schäden vorliegen, auch keine Schäden an der Wasserorgel.

Niederschriften vom 08.11.2010 und 06.12.2010

08.11.2010: FrkV M i c h a l e k bezog sich auf Seite 12, 1. Absatz, und bat, im zweiten Satz die Worte „für den Brandschutz“ durch „ für die Sanierung“ zu ersetzen.

06.12.2010: FrkV M i c h a l e k bat, den auf den Seiten 11 (unten) und 12 (oben) stehenden Satz hinsichtlich des Stadthauses am Dom wie folgt abzuändern: „....weil er mitbekommen habe, dass im Bereich der Bibliothek Abstützungen installiert **werden sollen.**“

Die Niederschriften wurden mit o. g. Änderungen einstimmig genehmigt.